

Herrn
Martin Schulz
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

partei.vorstand@spd.de

Offener Brief

Ihre Rede bei der Vorstellung des SPD-Kanzlerkandidaten am 29.01.2017
Ihre Rede anlässlich der Arbeitnehmerkonferenz am 20.02.2017

Sehr geehrter Herr Schulz,

seit Ihrer Kür zum Kanzlerkandidaten am 29.01.2017 nimmt der Jubel um Ihre Person seitens der SPD und der Medien kein Ende. Die SPD scheint im Aufwind, verzeichnet neue Mitglieder. Zu Recht??

Klar hatte Sigmar Gabriel sich in der Öffentlichkeit allzu unbeliebt gemacht, was ein neues Gesicht erforderlich machte. Nur ist das Ihre und sind vor allem Ihre An- und Aussagen tatsächlich so neu und unverbraucht??

In Ihrer ersten o. g. Rede konstatieren Sie zu Recht, dass „ein **tiefer Riss durch unsere Gesellschaft**“ geht. Und Sie behaupten, die Gesellschaft zusammen zu führen, sei die Kernkompetenz der SPD! **In den Mittelpunkt stellen** wollen Sie „**die hart arbeitenden Menschen**, die sich an die Regeln halten....“

1. Fakt ist doch: Gerade die SPD hat in der Regierungskoalition mit den Grünen **2005 durch die Einführung der Agenda 2010 ganz wesentlich zur Vertiefung dieses Risses beigetragen! Toleriert übrigens von den großen Gewerkschaften**, mit denen Sie jetzt wieder den Schulterchluss suchen.

Nach den jüngst in den Medien veröffentlichten Daten hat die **Zahl der Armen in Deutschland** einen neuen Höchststand erreicht. Armut betrifft fast ein Sechstel der deutschen Bevölkerung: **knapp 13 Millionen Menschen**. Gleichzeitig kletterten die deutschen Exportüberschüsse im vergangenen Jahr auf 253 Milliarden Euro. Das ist ein neuer Rekordwert seit dem Ende der DDR, und ein Achtel des gesamten Bruttoinlandsproduktes. Auch das steigt immer weiter: Mit 3,13 Milliarden Euro schufen Beschäftigte im Deutschland des Jahres 2016 doppelt so viele Werte wie 1991. Zu verdanken ist das auch einem boomenden Niedriglohnsektor und den seit Jahren stagnierenden mittleren Einkommen. Und während die Wirtschaft brummt, wächst die Zahl derer, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können. »Unterbeschäftigt« nennt die Bundesagentur jene, die mit Hartz IV aufstocken müssen. **Im Februar lebten mit 6,1 Millionen wieder mehr Menschen von dieser minimalen Grundsicherungsleistung**. Mehr als 330.000 Stromsperrungen wurden im vorigen Jahr verhängt. Zur Zahl der **Obdachlosen** prognostiziert die

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe bis zum Ende dieses Jahres einen **Anstieg auf eine halbe Million – unter ihnen Zehntausende Minderjährige.**

In Ihrer zweiten Rede gestehen Sie zu, Fehler gemacht zu haben, „aber wir haben sie längst erkannt und uns auf den Weg gemacht, dort zu korrigieren, wo es notwendig ist“.

Dass es angesichts der bedrängenden Faktenlage mit ein bisschen Drehen an ein paar Stellschräubchen getan wäre, glauben Sie doch wohl selbst nicht!

Besonders auffallend an Ihren Reden ist, dass **ein erheblicher Teil der Bevölkerung**, nämlich diejenigen, **die infolge der Agenda 2010 abgehängt, zwangsbetreut sowie ständig von Sanktionen bedroht** und zusätzlich durch politische und mediale Hetze **stigmatisiert** wurden, **überhaupt nicht vorkommen!** Dass diese in die Jubelarien einstimmen, dürften Sie auch selbst kaum erwarten.

Sie loben **Andrea Nahles** für die Einführung eines **Mindestlohns**, der völlig unzureichend ist, um vor Altersarmut zu schützen. Von den vielen **Initiativen für gute und sichere Arbeit**, die sie vorangebracht hat, sehe ich ebenso wenig wie davon, dass sie die **Rente gerechter** gemacht habe.

War doch die massive **Ausweitung des Niedriglohnsektors, der prekären Beschäftigung, der Leiharbeit** (mithin auch die Spaltung der Beschäftigten in Kern- und Leiharbeitsbeschäftigte) **Lockerung des Kündigungsschutzes, Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 12 Monate** samt **sachgrundlosen Befristungen** etc. genau der Zweck der Übung „Agenda 2010“. – Gleichzeitig wurde im Bereich **Gesundheitsversorgung** folgendes beschlossen: Streichung vieler bisher gewährter Leistungen aus dem Katalog der GKV; Einführung eines Selbstkostenanteils von 2 bzw. 1 % des Bruttojahreseinkommens; die mittlerweile wieder zurückgenommene Praxisgebühr; Erhöhung der Zuzahlung bei Medikamenten; alleinige Absicherung durch Versichertenbeiträge für Zahnersatz und Krankengeld. - Mitgetragen wurde dies alles von den Gewerkschaften, die sich dadurch selbst schwächten. **Ziel** war die **verbesserte Wettbewerbsfähigkeit**. Letztere, samt einer grandiosen Umverteilung von unten nach oben, d. h. zum Schaden der von Ihnen hoch gelobten hart arbeitenden Menschen ebenso wie zu Lasten der anderen europäischen Länder wurde dann ja auch erreicht!

Zum Thema **Renten**: Es war die rot-grüne Regierung, die ab 2000/2001 die stetige Absenkung des Rentenniveaus gesetzlich fixierte und gleichzeitig für die Riesterrente warb!

Und es waren **seit Mitte der 50er Jahre sämtliche Regierungen**, die die **gesetzliche Rentenversicherung zugunsten versicherungsfremder Leistungen nach Strich und Faden ausgeplündert haben! Zwischen 1957 und 2013** kommt da lt. AdG ein Betrag von mehr als **700 Milliarden €** zusammen, die der gesetzlichen Rentenversicherung entnommen und nicht zurück gezahlt wurden. D. h. Die Finanzminister führten und führen Schattenhaushalte auf Kosten der Rentenversicherungsbeiträge – ein **Milliardendiebstahl!** (Zu Details s. : <http://www.rentenreform-alternative.de/index2.htm>)

Wenn Sie, Herr Schulz, also wirklich was tun wollen Richtung **Rentengerechtigkeit**, dann sorgen Sie dafür, dass

- dieses Geld schleunigst wieder in diese Kasse eingezahlt wird
- versicherungsfremde Leistungen künftig ausgeschlossen werden
- alle Einnahmen und Ausgaben der GRV zwingend öffentlich, transparent, nachvollziehbar und vollständig erfasst und ausgewiesen werden
- künftig alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen
- sämtliche Kapitaleinkünfte einbezogen werden
- die Riester-Rente rück abgewickelt wird
- die Rente mit 67 abgeschafft wird
- sämtliche Kürzungsfaktoren gestrichen werden
- für Frauen und LeiharbeiterINNEN endlich equal pay durchgesetzt wird.

Heiko Maas preisen Sie als „**das Gesicht der Bürgerrechte!**“ Sicherlich hat er im Zusammenhang des immer wieder hoch gepushten „Kampfes gegen den Terror“ keinen einfachen Stand, insbesondere gegenüber Thomas de Maizière. Festzustellen ist, dass ständig versucht wird, die Bürgerrechte einzuschränken.

Dass **Manuela Schwesig** sich für Familien im Hartz IV Bezug hervorgetan hätte, ist mir bisher nicht aufgefallen.

Frank-Walter Steinmeier, der nach Ihren Worten „besonnene Diplomate“, schrieb 2002 ein **Strategiepapier zur Reform des Renten- und Gesundheitssystems** und war **konzeptionell mit beteiligt an der Agenda 2010 (s.o.)** – Als Geheimdienstkoordinator billigte er 2002 eine Grundsatzvereinbarung zwischen BND und NSA zur Überwachung bestimmter Daten der Telekommunikation. Im Falle des von Jan. 2002 bis Okt. 2006 unschuldig in Guantanamo inhaftierten Murat Kurnaz ließ Steinmeier es sehr an Bemühungen zu seiner Freilassung vermissen.

Sigmar Gabriel soll zu einem **massiven Rückgang der Arbeitslosigkeit** beigetragen haben? Machen Sie, Herr Schulz, dies an den manipulierten Daten der Arbeitsagentur fest und daran, dass vorhandene Arbeit nur auf mehr und schlechter bezahlte Jobs umverteilt wurde??

2. Wie Sie selbst trat **Sigmar Gabriel** zudem ganz energisch ein für **TTIP und CETA!** Unterdessen wird an **TISA** weiter gearbeitet.

Fakt ist: Wie selten sonst machten Sie beide in dem Zusammenhang klar, **was Sie tatsächlich von Demokratie halten**, nämlich **nichts!**

Abgesehen davon, dass lange ganz geheim darüber verhandelt wurde. Dass 125.000 Menschen dagegen Verfassungsbeschwerde einlegten, dass im Sept. 2016 320.000 Menschen dagegen auf die Straße gingen, interessierte Sie ebenso wenig wie die Tatsache, dass Wallonien zunächst seine Unterschrift verweigerte! Sie, Herr Schulz, übten massiv Druck auf den Ministerpräsidenten der Wallonie aus!

Dabei ist allen, die es wissen wollen, längst **klar**, welche **Konsequenzen** damit verbunden sind:

- Investoren werden Staaten verklagen können.

- Unternehmen werden eingeladen, an neuen Gesetzen mitzuschreiben.
- Großunternehmen haben übermäßigen Einfluss auf die Geheimverhandlungen zu CETA und TTIP.
- Die Standards bezüglich der Qualität von Lebensmitteln und des Verbraucherschutzes könnten abgeschwächt werden.
- Arbeitnehmerrechte und Arbeitsplätze sind in Gefahr. Europäische Länder kämen unter Druck,
- Hochrisiko-Technologien wie Fracking oder Gentechnik zuzulassen.
- CETA und TTIP werden bestehende Ungleichheiten weiter vergrößern.
- Liberalisierung und Privatisierung werden zu Einbahnstraßen.

Fakt ist ebenfalls: Selbst die hart arbeitenden Menschen sind Ihnen – all Ihrer Rhetorik zum Trotz – egal!

Götz Eisenberg schreibt in seinem Buch *Zwischen Arbeitswut und Überfremdungsangst* (Gießen 2016): „Der seit den 1980er Jahren hegemonial gewordene Neoliberalismus hat den Sozialstaat geplündert und plant. Er hat einen sozialen und moralischen Darwinismus etabliert, der den Kampf eines jeden gegen jeden ins Recht setzt, den Werten eines absolut asozialen Individualismus zum Durchbruch verholfen hat und das Gros der Bevölkerung dazu verurteilt, in einem Universum permanenter Verteidigung und Aggression zu leben. Wer Mitgefühl zeigt, droht aus dem Markt geworfen zu werden und einen sozialen Tod zu sterben. ...Empathie und Mitgefühl befinden sich in den Gesellschaften des losgelassenen Marktes im freien Fall, weil sie von außen keine Stützung mehr erfahren...“ (S. 107)

Sie, die Sie mit der Agenda 2010 genau diese Verhältnisse aktiv vorangetrieben haben, wollen nun für Gerechtigkeit sorgen?

3. Und Sie versuchen, bezüglich **Migrationsfragen** das Böse allein den „Rattenfängern“ anzulasten, die „auf dem Rücken der Flüchtlinge ihr politisches Kapital ...schlagen. Das ist schändlich und abstoßend“.

Mit Götz Eisenberg (S. 197ff) halte ich Ihnen entgegen: **Der Faschismus entspringt in der „Mitte der Gesellschaft“**. Und er erscheint mir als die logische Konsequenz genau der Prozesse, die Sie u. a. doch sehr rege beschleunigt haben. Und nun wollen Sie sich von den hässlichen Folgephänomenen dispensieren. **Nein, Herr Schulz, so läuft das nicht!**

Genauso wenig wird Ihnen und der SPD erlassen, noch einmal genauer in den Spiegel zu sehen, wenn's um **Fluchtursachen** geht:

Es war die **rot-grüne Regierungskoalition**, die **1999** erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik das **Tabu** brach und für die **Bundeswehrbeteiligung an einem verfassungs- und völkerrechtlich umstrittenen Kriegseinsatz** sorgte!

Nach dem **11. Sept. 2001** kam die Bundeswehr – **völkerrechtswidrig!** – im Rahmen der „**Anti-Terror-Koalition**“ zum Einsatz; letztlich erzwungen dadurch, dass Gerhard Schröder (der Ihrer Meinung nach ja dem Land gut getan hat) die „Vertrauensfrage“ stellte.

Und von da an ging's und geht's munter weiter!

Wer Krieg und Rüstung sät – die Rüstungsexporte befinden sich konstant auf hohem Niveau – gerade auch in Krisenregionen, wird Flüchtlinge ernten! Dasselbe gilt für ungerechte Handelsbeziehungen!

Mit dem Ansetzen bei den **Fluchtursachen** werden Sie alle Hände voll zu tun haben, Herr Schulz! Immerhin brauchen Sie, wenn Sie diese Aufgabe wirklich in Angriff nehmen, sich um die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb von Europa keine Gedanken mehr zu machen!

4. Sie behaupten, **Deutschland** sei **solidarisch**, wenn's um Hilfe für andere Länder gehe – auch finanziell. – Die behauptete Solidarität, ließ und lässt insbesondere in Bezug auf **Griechenland** sehr zu wünschen übrig! Die griechische Bevölkerung wird ständig weiter stranguliert, auch mit Ihrer engagierten Unterstützung, Herr Schulz. **Einen Schuldenschnitt verweigerten Sie** (s. Interview mit Martin Schulz am 28.01.2015 im „heute-Journal“ u. a.). Mehr als 90 % der „Griechenlandhilfen“ flossen über den Schuldendienst an europäische Banken! (s. www.handelsblatt.com/my/politik/international/wodie-athen-hilfen-wirklich-hinflossen...) „Deutschland ist solidarisch, **wenn sich andere Länder bedroht fühlen** und trägt dann auch Sanktionen mit“, sagen Sie. Sie stimmten am 16.09.2014 für das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen. (s. www.votewatch.eu/en/term8-eu-ukraine-association-agreement...) Das Abkommen verschärfte die Konfrontation mit Russland und trug dazu bei, die Ukraine in einen blutigen Bürgerkrieg zu führen.

Auf derartige „Solidarität“ können viele vermutlich sehr gut verzichten, Herr Schulz!

Desgleichen auf eine **Europa-Kompetenz**, die sich an den Interessen des deutschen Kapitals bemisst! Denn darauf läuft Ihre These doch hinaus: „Europapolitik ist deutsche Innenpolitik und deutsche Innenpolitik wirkt in Europa“. Klarer lassen sich die **imperialistischen Bestrebungen des deutschen Kapitals** doch kaum auf den Punkt bringen.

Um es deutlich zu sagen: Ich persönlich bin nicht für ein Europa-Bashing. Aber **ich bin ganz entschieden für ein Europa auf einer grundlegend anderen Basis!** Ein Europa, in dem **tatsächlich Gerechtigkeit und Solidarität praktiziert werden**. Ein Europa, das radikal **abrüstet**, statt immer weiter aufzurüsten. Ein Europa, das sich daneben die **Bewahrung der Schöpfung** auf die Fahne schreibt. Und ein Europa, das **an eben diesen Normen auch seine Außenbeziehungen ausrichtet!**

5. Aus der Fülle der Punkte, die es noch anzusprechen gäbe, will ich nur noch einen herausgreifen: Die **Digitalisierung!** Einige Risiken sehen Sie da ja durchaus auch selbst und wollen Sie vermeiden.

Gute Arbeit! lautet Ihr Motto auch hier.

Nur: wie alle Propagandisten des technischen Fortschritts scheinen Sie dabei eines zu vergessen. Die immer schneller voran schreitende Automatisierung wird noch mehr Menschen frei-setzen. Sehr detaillierten Studien zur Entwicklung des Arbeitsmarkts zufolge lassen sich bis zu 80 % der heute existierenden Arbeitsplätze automatisieren. (Quelle: Nick Srnicek und Alex Williams: Die Zukunft erfinden, Berlin 2016 S. 184) D. h. Sie werden in den kommenden Jahren wegfallen.

Solche Perspektiven belegen nicht nur einmal mehr den Mangel an Sinn von Jobcenter-Maßnahmen.

Falls Sie, Herr Schulz, tatsächlich Bundeskanzler werden sollten, werden Sie dann um die Frage nicht herumkommen, was tun?

Mein Vorschlag lautet: sofortige Einführung eines **Bedingungslosen Grundeinkommens für alle** in einer Höhe, von der mann/frau/kinder leben können, bei gleichzeitigem Erhalt und Ausbau des Sozialstaats.

Da Sie in der SPD ja die Kernkompetenz für die Zusammenführung der Gesellschaft und für Gerechtigkeit zu haben meinen, nichts wie ran an den Speck! Sie wollen die Dinge doch zum Besseren wenden, die Ärmel hochkrempeln. Mit dem Schwung und als begeisterter Sportsfreund werden Sie das Kapital mit links überzeugen, die nötigen Gelder locker zu machen.

6. Sehr geehrter Herr Schulz, bei dem fürstlichen Salär, dass Sie während Ihrer politischen Karriere „verdient“ haben – Gerüchten zufolge sollen Sie dabei (wie im amerikanischen Traum) zum Multimillionär geworden sein – fällt es außerordentlich schwer, Ihnen die **Identifikation mit dem „kleinen Mann“** und dessen Sorgen noch abzukaufen.

Es steht Ihnen allerdings frei, **umgehend den Gegenbeweis** anzutreten! Sie reden davon, dass ein Bundeskanzler für die Alltagssorgen, für die Hoffnung wie für die Ängste aller Menschen nicht nur Verständnis empfinden müsse, sondern tiefe Empathie!

Am Besten **fangen Sie gleich mal an mit der Einübung in Empathie:** bei den Hartz-IV-EmpfängerINNEN, bei den prekär Beschäftigten, AufstockerINNEN; bei den Menschen, deren Rente zum Leben nicht reicht, bei den Flüchtlingen, Obdachlosen u. v. a. m. Begleiten Sie Menschen zum Jobcenter. Nehmen Sie mal teil an einer verordneten Maßnahme wie Bewerbungstraining. Es gibt Leute, die das schon 3 – 4 mal absolvieren durften...Und **damit die Bedingungen auch realistisch sind: Verschenken Sie vorher Ihre Millionen!** Suchen Sie sich eine bezahlbare Bleibe in Frankfurt oder München und dann einen Job!

Sicher ist: Sie werden ganz viele treffen, denen es genauso geht! Sie werden sehen, wie fix man da in die Bredouille kommt. Auch bei Ihnen wird die Wut „auf die da oben“ (die Gesetze machen, unter denen sie nicht selbst zu leiden haben) ebenso schnell zunehmen wie die Einsicht wachsen, dass das Wirtschaftssystem mörderisch ist, das Sie bisher verfochten haben. Ihre Motivation, für eine andere Welt zu kämpfen, wird zweifelsohne keine Grenzen mehr kennen. Sie werden ein Gefühl dafür entwickeln, wie es in den Anfängen der SPD mal gewesen sein muss. Die Engel im Himmel werden jubeln über diesen Sünder, der umkehrt.

Sehr geehrter Herr Schulz, nach einer derartigen Metamorphose, die dann natürlich Bestand haben müsste, hätten Sie vermutlich selbst mich an Ihrer Seite.

Mit freundlichen Grüßen
Ursula Mathern